

1.1. Welche Maßnahmen zur Stärkung des Nationalparks und des Biosphärenreservats unterstützen Sie und wie wollen Sie in RLP eine naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung weiterentwickeln?

Wir wollen den Nationalpark Hunsrück-Hochwald weiterentwickeln. Neben dem wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie leistet der Nationalpark einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung in einer vom demografischen Wandel betroffenen Region. Auch das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen wollen wir zu einer Modellregion, die neben der Biodiversität auch die Entwicklung eines Klimaschutz- und Energiekonzeptes für die Region zum Ziel hat, weiterentwickeln. Dabei steht die Erweiterung der Kernzonen auf bis zu 5 % und die Regionalvermarktung durch Weiterentwicklung der Dachmarke im besonderen Fokus. Die Wiederansiedlung des Luchses korrespondiert mit der hohen überregionalen Funktion des Biosphärenreservats für den Artenschutz.

Landesforsten ist mit dem naturnahen Waldumbau bereits auf einem guten Weg. Die erfolgreiche FSC-Zertifizierung wird das auch in Zukunft sicherstellen. Über das Gemeinschaftsforstamt wird das Know-How von Landesforsten auch in den Nicht-Staatswald (75%) transportiert. Mit Personalentwicklungskonzept und jährlichem Einstellungskorridor wollen wir bis 2020 die nachhaltige Waldbewirtschaftung in der Fläche sichern.

1.2. Welche Schritte unternehmen Sie um den Biotopverbund zu verbessern und wie stellen Sie sich vor dem Hintergrund der sogenannten Schuldenbremse die weitere Förderung des Naturschutzes im Land vor?

Die Förderung des Naturschutzes genießt für uns auch künftig hohe Priorität! Kürzungen wie von der Opposition beim Nationalpark gefordert lehnen wir strikt ab. Wir werden gemeinsam mit den Beteiligten und Verbänden die Maßnahmen der Biodiversitätsstrategie

umzusetzen. Gleichzeitig stärken wir große Naturschutzprojekte, wie den Nationalpark Hunsrück-Hochwald, das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen oder den Grünen Wall im Westen, aber auch die vielen kleinen Naturschutzprojekte, wie Waldrefugien, Naturwaldreservate, Auenwälder, Gewässerränder und geschützte Biotop sowie die Fertigstellung und Umsetzung der Natura 2000-Bewirtschaftungspläne. Wir wollen wertvolle Biotop verbinden, um die Qualität des bestehenden Schutzgebietssystems zu verbessern und um Schutzgebietslücken zu schließen. Hierzu schaffen wir Vernetzungen durch Wildtierkorridore, Verbundachsen und Trittsteinbiotop. Für Grünbrücken an vielbefahrenen Verkehrswegen wollen wir eine Prioritätenliste erstellen. Unser Ziel ist es, durch Integration und Vernetzung aller Naturschutzgroßprojekte einen Biotobverbund zu schaffen, der 10% der Landesfläche umfasst. Mit dem Wassercent haben wir ein wirkungsvolles und von der Schuldenbremse unabhängiges Instrument geschaffen, um unter anderem die Infrastruktur im Bereich der Wasserversorgung insbesondere in den vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen sicherzustellen.

2.1. Wie stellen Sie sich die weitere Gestaltung der Energiewende und den Ausbau sowie die Steuerung der Erneuerbaren vor und welche Maßnahmen zur Energieeinsparung wollen Sie anstoßen?

Die Energiewende im Strombereich haben wir in den vergangenen Jahren einen gewaltigen Schritt voran gebracht. Bei der Planung haben wir die Handlungsspielräume der Kommunen deutlich erweitert. Die regionalen Planungsgemeinschaften sind durch das Festlegen von Vorrangzonen in der übergeordneten Planung ebenfalls beteiligt. Wir wollen in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass der Dialog zwischen den Planungsinstanzen intensiviert wird. Im Hinblick auf den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien wird es entscheidend sein, bei der anstehenden EEG Novelle die richtigen Weichen zu stellen. Im Gegensatz zu anderen Parteien stehen wir nach wie vor für eine dezentrale und bürgernahe Energiewende und werden uns im Bundesrat entschieden dafür einsetzen.

Außerdem wollen wir den Energieverbrauch in Rheinland-Pfalz bis 2050 halbieren. Um dies zu erreichen, werden wir die vorhandenen Beratungs- und Informationsstrukturen

weiterentwickeln. Insbesondere Gewerbe, Handwerk sowie kleine und mittlere Unternehmen wollen wir in Zusammenarbeit mit den IHKen und Handwerkskammern weiter beim Energiesparen unterstützen. Gleichzeitig wollen wir die rheinland-pfälzischen Fördermittel für Projekte zum effizienteren und sparsameren Umgang mit Energie weiter aufstocken. Mit einem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz wollen wir die Energiewende im Wärmebereich weiter voran bringen.

2.2. Welche Initiativen wollen Sie für eine vorrangige Förderung von Fuß-Rad-Bus- und Bahnsystemen in unseren Städten und in der Fläche ergreifen und wie stehen Sie zu den umstrittenen Großprojekten A643 durch den Mainzer Sand, A1, B10, Rheinbrücke Wörth, Mittelrheinbrücke?

Im Rahmen unserer Anstrengungen für einen sozial-ökologischen Wandel in der Verkehrspolitik gilt für uns auch weiterhin die Devise „Erhalt vor Neubau“. Eine zweite Rheinbrücke bei Wörth lehnen wir ebenso ab wie den Bau einer Brücke am Mittelrhein. Bei der A 643 setzen wir weiter auf einen „4+2“- statt sechsspurigen Vollausbau. Bundesweit fehlen nach der „Daehre-Kommission“ erwiesenermaßen jährlich 7,2 Milliarden Euro für den Erhalt und die Sanierung der Verkehrswege. Leider wird es aber auch beim neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) wohl keinen Paradigmenwechsel hin zu einem verstärkten Engagement für den Erhalt geben. Die von uns geforderte Erhöhung der Lkw-Maut auf allen Straßen und für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen wäre ein entscheidender Beitrag zu einer langfristig sicheren Finanzierung des Verkehrssystems in Deutschland. Zudem wollen wir u.a. mit Transitsperrungen, z.B. auf der B10, weitere teure und ökologisch bedenkliche Ausbaumaßnahmen für Lkw vermeiden. Wir stärken den Öffentlichen Nahverkehr durch zusätzliche finanzielle Mittel für Bahn- und Bus-Projekte. Hierzu zählen u.a. das ÖPNV-Modellprojekt Rheinland-Pfalz Nord, der Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs auf bestehenden und reaktivierten Strecken sowie bessere Rahmenbedingungen für den Rad- und Fußverkehr (u.a. Radschnellwege). Dort, wo die Bürgerinnen und Bürger es wünschen, unterstützen wir die Aktivitäten für Tempo 30 auf Durchgangsstraßen.

3. Wie wollen Sie die heimische ökologisch-bäuerliche Landwirtschaft stärken, damit diese gegenüber der globalisierten agrarindustriellen Produktion eine Existenzchance behält?

Das GRÜNE Agrarministerium hat die Ökolandbauförderung insgesamt um etwa ein Drittel erhöht, und die ökologisch bewirtschaftete Fläche ist im Land in den vergangenen fünf Jahren um 43 % gewachsen. Damit steht Rheinland-Pfalz beim Zuwachs der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der Spitze aller Bundesländer. Für 2016 haben fast 200 weitere Betriebe Anträge für die Umstellungsförderung gestellt. Wir wollen in Zukunft den Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen im Land von derzeit 7,4% auf 20% steigern.

Mit dem neuen „Entwicklungsprogramm Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung“ (EULLE) haben wir die EU-Agrarumweltprogramme für 2015-2020 auf die Ziele Tierschutz, Wasserschutz, Biodiversität und Klimaschutz fokussiert, zum Beispiel für tierfreundliche Ställe, für eine gewässerschonende Landwirtschaft, für extensive Grünlandbewirtschaftung und mit einem Programm für vielfältige Fruchtfolgen auf dem Acker. Außerdem sind jetzt auch mehrjährige kontrollierte Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft als Kompensationsmaßnahme nach dem Landesnaturschutzgesetz anerkannt.

In einem Bund-Länder-Kompromiss haben die GRÜN-mitregierten Länder mit unserer Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken durchgesetzt, dass Betriebe für die ersten 50 Hektar erstmals eine höhere EU-Flächenprämie erhalten als für die folgenden Hektare, was gerade den LandwirtInnen in Rheinland-Pfalz zugutekommt. Das Land fördert die Bildung von Erzeugergemeinschaften und die Vermarktung über Regionalinitiativen und –marken. Damit stärken wir die mittelständische bäuerliche Landwirtschaft. Auch in den Landesinitiativen zur Ernährungsbildung ist die Herkunft und Herstellung von Lebensmitteln fest verankert.

4.1. Welche Schritte unternehmen Sie zu fairen, transparenten Handelsbeziehungen statt

TTIP, TISA und CETA und wie wollen Sie in RLP eine nachhaltige Regionalentwicklung stärken sowie eine breite ökologische Bildung?

Wir GRÜNE lehnen intransparente Verhandlungen über internationale Handelsbeziehungen und das Aufweichen mühsam erkämpfter Standards wie im Falle von TTIP, TISA und CETA mit aller Entschiedenheit ab. Stattdessen setzen wir in der rheinland-pfälzischen Außenwirtschaft auf die Unterstützung der heimischen Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte und beim Aufbau von Handelsbeziehungen. Vor allem den kleinen und mittelständischen Unternehmen sollen Wege aufgezeigt werden, um sich nachhaltig an neuen Märkten zu etablieren. Die Aktivitäten des Landes sollen durch Informationsmaterialien und regelmäßige Unterrichtung der Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar bleiben. Für eine nachhaltige Regionalentwicklung in RLP ist das Ziel, die Förderung aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) 2014-2020 sinnvoll an die Kommunen weiterzugeben. Gefördert werden u.a. Projekte im Bereich des Klimaschutzes, nachhaltiges Wachstum, die kommunale Infrastruktur sowie Projekte im Tourismus. Ökologische Bildung wird weiterhin groß geschrieben. Durch diverse Studiengänge an den Hochschulen, aber auch durch Projekte an Schulen und das Bereitstellen von Unterrichtsmaterialien werden Grundlagen für ein ökologisches Bewusstsein geschaffen. Ergänzend stehen die Verbraucherzentralen und die Energieagenturen den Menschen im Land beratend zur Seite.

4.2. Welche Initiativen ergreifen Sie für eine verbesserte Bürger*innenbeteiligung an politischen Entscheidungen, für Transparenz und Teilhabe in der Wirtschaft und für eine angemessene Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements?

Wir wollen die umfangreichen Empfehlungen der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ umsetzen. Dies haben wir bereits mit der Verabschiedung zweier Gesetze zur Senkung der Hürden von direktdemokratischen Verfahren auf kommunaler und Landesebene getan. Wir wollen weiterhin auch die notwendige Unterschriftenzahl für Volksbegehren auf drei Prozent der Wahlberechtigten senken, die Sammelfrist auf sechs Monate verlängern und die Mindestbeteiligung von 25

Prozent bei Volksentscheiden in ein niedriges Zustimmungsquorum in Höhe von 15 Prozent umwandeln. Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Planungs- und Entscheidungsprozessen soll in den Kommunen und auf der Landesebene stärker zum Einsatz kommen. Dazu gehört auch eine stärkere Berücksichtigung von Ergebnissen von BürgerInnenbeteiligung bei Projekten des Bundesverkehrswegeplans. Wir wollen eine Servicestelle für BürgerInnenbeteiligung schaffen, die Bürger*Innen, Verwaltung und Kommunen bei Beteiligungsprozessen beraten und unterstützen soll. Darüberhinaus setzen wir uns für eine verbindliche Festschreibung frühzeitiger Beteiligung bei Großprojekten im Rahmen einer Verwaltungsvorschrift ein.

Einer Verbesserung von Beteiligung und Transparenz dient auch das Transparenzgesetz für Rheinland-Pfalz, das auf unser Betreiben hin verabschiedet wurde und seit Januar 2016 in Kraft ist. Aus der Holschuld der Bürgerinnen und Bürger wird mit dem Transparenzgesetz eine Bringschuld der Verwaltung. Kernelement des Gesetzes ist ein Katalog an Daten und Informationen, für die eine Veröffentlichungspflicht auf einer Transparenzplattform ausgesprochen wird. Eine umfassende staatliche Transparenz schafft durch Informationen die Grundlage für Meinungsbildung und Beteiligung.